

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 28. Oktober 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 160 Anfrage Wicki Martin und Mit. über die Bandenkriminalität und deren Auswirkungen / Justiz- und Sicherheitsdepartement

Martin Wicki ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Martin Wicki: Die Antworten der Regierung wie auch die Berichterstattung in den Medien über die Bandenkriminalität lesen sich wie ein schlechter Krimi. Leider ist dieser Krimi aber Tatsache und spielt sich täglich vor unserer Haustür ab. Es ist auch nicht verwunderlich, dass das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung seit Jahren auf einem Tiefststand ist. So sind es nur noch gerade 79 Prozent, die sich sicher fühlen. Dieser Wert lag einmal bei 85 Prozent. Das sollte zu denken geben. Luzern ist zu einer internationalen Drehscheibe von Bandenkriminalität, Drogen- und Menschenhandel geworden. Die Straftäterinnen und Straftäter lachen sich ins Fäustchen, weil die Polizeiarbeit und die Strafverfolgung durch unsere Gesetzgebung eingeschränkt, ja sogar fast handlungsunfähig sind. Die Fälle und Gruppierungen sind bekannt und die Delikte ebenfalls. Nur das Werkzeug fehlt. Es kann nicht wie gewünscht gehandelt werden. Eine der genannten Massnahmen sind personelle Aufstockungen bei der Polizei, der Strafverfolgung und der Justiz. Das ist zwar bitter nötig und wird von der SVP-Fraktion auch unterstützt, aber das reicht nicht. Wir müssen Werkzeuge schaffen, um die Polizeiarbeit und die Beweisführung effizienter machen zu können. Deshalb muss auch bei der interkantonalen Zusammenarbeit und beim Datenschutz angesetzt werden. Entsprechende Vorstösse werden folgen. Das Allerwichtigste ist aber, dass die Politik endlich einsieht, dass die Schweiz und der Kanton Luzern ein Paradies für die kriminelle Zuwanderung sind. Die Antworten auf meine Anfrage zeigen das deutlich. Die genannten und vorgesehenen Massnahmen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein, dies nicht weil sie wirkungslos oder unnötig sind, sondern weil Luzern von dieser Kriminalität überrannt wird. Die Inhaftiertenstatistiken zeigen das ganz klar auf. Legen Sie doch Ihre rosarote Brille endlich zur Seite, und springen Sie über Ihren Schatten und sehen ein, dass die Gutmenschpolitik nicht funktioniert. Springen Sie über Ihren Schatten, und helfen Sie mit, diesen Missstand mit aller Kraft zu bekämpfen. Wir müssen nicht länger die Täter schützen, sondern die Opfer. Die Frage nach den Schäden dieser Kriminalität, sozial wie finanziell, kann in keiner Hinsicht beziffert werden. Das war fast zu erwarten. Dann kann man aber im Gegenzug auch nicht einfach sagen, dass es nicht so schlimm ist oder nicht viel kostet. Das wäre ja eben auch nicht ausgewiesen. Einzelne Voten werden diese Tatsache beschwichtigen wollen. Aber in dieser Frage sind die Fakten klar, und Entschuldigungen und Samthandschuhe helfen nicht mehr weiter. Wir müssen diesen paradiesischen Zustand endlich beenden. Wir

sind es den Opfern, den geschädigten Frauen und Männern und auch den Kindern schuldig, zielgerichtete Massnahmen zu ergreifen, damit diese Kriminalität verbannt wird.

Anja Meier: Der Anstieg der organisierten Kriminalität im Kanton Luzern macht auch der SP-Fraktion Sorgen. Ob Drogenhandel, Wirtschaftskriminalität, Menschenhandel, Cybercrime: Organisierte Kriminalität untergräbt unseren Rechtsstaat und gefährdet die öffentliche Sicherheit, sie entzieht dem Staat wichtige Mittel, und sie beutet insbesondere vulnerable Menschen am Rande der Gesellschaft aus. Organisierte Kriminalität ist entschieden zu bekämpfen unabhängig von der Nationalität. Umso wichtiger ist es auch, dass die Regierung diese Problematik ernst nimmt und Massnahmen eingeleitet hat. Die Fragen wurden aus Sicht der SP-Fraktion gut und nachvollziehbar beantwortet. Nebst den Aufstockungen im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) wurden im Justiz- und Sicherheitsdepartement (JSD) auch weitere Massnahmen zur verbesserten Bekämpfung der organisierten Kriminalität ergriffen, so zum Beispiel Verbesserungen beim Datenaustausch und bei der Datenbearbeitung im Bereich der sogenannten Spezialgewerbe. Auf nationaler Ebene laufen aktuell ähnliche Bestrebungen. Ein verbesserter Datenaustausch auf interkantonaler Ebene ist sicherlich sinnvoll. Bei der Umsetzung gilt es aber auch anderen berechtigten Anliegen wie beispielsweise dem Datenschutz in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Anstatt bestimmte Nationalitäten pauschal schlechtzureden, möchten wir lieber über die nötigen Rahmenbedingungen sprechen, um die organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen zu können. Die Bekämpfung der organisierten Kriminalität im Kanton Luzern ist vor allem eines: eine Ressourcenfrage respektive ein Ressourcenproblem. In der Stellungnahme steht es schwarz auf weiss: Unter den zu tiefen Personalressourcen leidet die proaktive Ermittlungstätigkeit in den Bereichen Drogenhandel, Wirtschaftskriminalität, Vermögensdelikte usw. Letzte Woche haben wir den AFP beraten. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die Standortattraktivität auch in wirtschaftlicher Hinsicht von der Sicherheit abhängt und von der Fähigkeit des Kantons, den Rechtsstaat zu gewährleisten. Das ist aber nicht gratis zu haben, sondern das erfordert Geld, wie es die SP-Fraktion schon seit Jahren fordert. Wenn wir die Luzerner Strafverfolgungsbehörden aufgrund der Sparmassnahmen Jahr für Jahr auf dem Zahnfleisch laufen und sie nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt halten lassen, hat das Konsequenzen. Ich bitte die SVP-Fraktion, das im Kopf zu behalten, wenn sie sich das nächste Mal darüber beschwert, dass der Kanton zu viel Personal einstellt. Organisierte Kriminalität und Gewalt sind sehr komplexe Phänomene und keine Frage der Nationalität, sondern sie haben in erster Linie mit der sozialen Situation zu tun, mit sozioökonomischen Faktoren und Perspektiven. Deshalb schaffen wir Sicherheit nicht nur durch Repression, sondern vor allem auch durch Prävention.

Inge Lichtsteiner-Achermann: Die Aussage von Martin Wicki, dass die Polizei handlungsunfähig ist, stimmt sicher nicht. Das möchte ich klarstellen. Die Bandenkriminalität im Kanton Luzern ist sehr agil und anpassungsfähig und deshalb auch äusserst anspruchsvoll zu kontrollieren, wenn sie überhaupt kontrollierbar ist. Das Glied einer Kette, das in die Fänge des Gesetzes gerät, wird schnell ersetzt, und die Banden können ihre Arbeit weiterführen. Die Mitte-Fraktion erkennt ebenfalls den sehr grossen wirtschaftlichen Schaden, der daraus entsteht. Schlimmer und kostenintensiver sind aber auch Folgeschäden aus der Beschaffungskriminalität wie Drogensucht, Gesundheitskosten oder auch die sozialen Kosten, wie das die Regierung in ihrer Antwort schreibt. Die Mitte-Fraktion hat diesbezüglich bereits verschiedene Vorstösse eingereicht. Eine wirkungsvolle und effiziente Kontrolle bedingt grosse personelle Ressourcen. Diese werden zwar aufgestockt. Auf der anderen Seite sehen wir aber auch, dass die einschlägigen Gewerbe wie Barbershops, Nagelstudios usw. wie Pilze aus dem Boden schiessen. Es scheint, dass die neu gesprochenen Ressourcen bei der

Gesetzgebung immer der Banden- oder Clankriminalität hinterherhinken respektive durch das schnelle Wachstum auf Verbrecherseite praktisch versanden. Es ist zudem festzustellen, dass der interkantonale automatische Datenaustausch bei der Polizei verbessert und vor allem ermöglicht werden muss. Wir müssen der Polizei die nötigen und effizienten Mittel und Werkzeuge zur Verfügung stellen. Wir müssen vor allem aufpassen, dass wir es vor lauter Datenschutz nicht zu einem Täterschutz kommen lassen. Diesbezüglich stimme ich Martin Wicki zu.

Franz Räber: Wir entnehmen der Antwort der Regierung, dass die Problematik der Bandenkriminalität und der organisierten Kriminalität im Kanton Luzern erkannt ist. Die Regierung ergreift bereits konkrete Massnahmen um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Regierung gibt aber auch zu, dass die organisierte Kriminalität besonders im Drogenhandel aktuell unzureichend bekämpft werden kann. Von zu geringen Personalressourcen ist auch die proaktive Ermittlungstätigkeit in den Bereichen Wirtschaftskriminalität, Vermögensdelikte, Menschenhandel und Cybercrime betroffen. Im AFP haben wir letzten Montag einige zusätzliche Stellen bewilligt, die zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und aller bereits erwähnten illegalen Machenschaften helfen sollen. Die FDP-Fraktion erwartet, dass diese 14,5 zusätzlichen Stellen den Kanton Luzern im Kampf gegen die Kriminalität einen Schritt vorwärts bringen. Wir sind ebenfalls für die Aufstockung der Staatsanwaltschaft, um bei der Bekämpfung einen wichtigen Schritt vorwärts zu kommen. Wir sind aber nicht blauäugig. Die Kriminalität bewegt sich rasant vorwärts, und es gilt gegen neue Herausforderungen zu kämpfen. Deshalb werden wir dauernd aktiv bleiben müssen.

Rahel Estermann: Die organisierte Kriminalität ist tatsächlich ein Problem im Kanton Luzern und muss verfolgt werden. Die Zunahme ist keine gute Nachricht. Martin Wicki lässt mit seinem Votum den Eindruck entstehen, dass wir in einem Kanton voller Kriminalität leben. Dieses Gefühl habe ich immer nach den Sitzungen der Kommission Justiz- und Sicherheit (JSK), ich glaube, das muss man als Mitglied dieser Kommission in Kauf nehmen. In der Realität sieht es aber etwas anders aus. Die Kriminalitätsstatistik geht in vielen Bereichen zurück. Wir leben in einem sicheren Kanton. Die Zahlen der organisierten Kriminalität gehen jedoch nicht zurück. Wir haben letzte Woche anlässlich der AFP-Debatte eine Aufstockung der Luzerner Polizei beschlossen. Die Grüne Fraktion hat diese Aufstockung unterstützt. Nun möchte ich noch die Kohärenz ansprechen, die Guido Müller vorher eingefordert hat. Ich hätte mir das auch von der SVP-Fraktion gewünscht. Ich habe keine Selbtkritik von Ihnen gehört, dass Sie die Personalaufstockungen bei der Polizei ständig gestrichen haben, als es ums Sparen ging. Jetzt sehen wir eine dieser Nachwehen, weil die Polizei kleingehalten und zusammengespart wurde. Nun holen wir auf, das ist der richtige Weg. Aber vielleicht müsste man auch einmal bei dieser Sparpolitik ansetzen, wenn man sich fragt, weshalb so wenig Ressourcen vorhanden sind. Wir finden, dass wir mit der Polizei grundsätzlich gut unterwegs sind. Die Polizei macht ihr Möglichstes im Rahmen des Rechts und ihrer Ressourcen. Falls man mit dieser Anfrage oder den Voten einen Generalverdacht gegen gewisse ausländische Personen schüren wollte, würden wir das sehr bedenklich finden. Ich glaube es wäre fremdenfeindlich, Gruppierungen unter Generalverdacht zu stellen. Das ist nicht richtig und wird den Menschen dahinter nicht gerecht.

Mario Bucher: Zum Votum von Anja Meyer: Wir können Hunderte von Stellen aufstocken, aber das ist reine Symptombekämpfung. Die Ursache liegt schlussendlich, auch wenn Sie das nicht gerne hören, sehr oft bei der Zuwanderung – nicht von einer bestimmten Bevölkerungsgruppe, sondern im Grossen und Ganzen. Die organisierte Kriminalität ist sehr oft sehr international tätig und wird dadurch auch nicht vor der Schweizer Grenze hältmachen, wenn eine Willkommenskultur betrieben wird. Deshalb müssen wir auch an den

Ursachen der Zuwanderung etwas ändern.

Jörg Meyer: Ich möchte mich dem Votum von Rahel Estermann anschliessen. Auf das Votum meines Vorredners als solches gehe ich zum Wohl des Rates nicht ein. Vielleicht können Sie sich an den 10. Juni 2014 erinnern. Damals hat der Regierungsrat des Kantons Luzern die Botschaft B 114 über die polizeilichen Leistungen veröffentlicht: seit Jahren unterdotiert, Gewalt und Kriminalitätsentwicklung und der Bedarf der Luzerner Polizei 82 Stellen. Was ist mit dieser Botschaft geschehen? Wir sprechen heute darüber, wie stolz wir sind, dass im AFP 2025 Stellen enthalten sind. In den letzten zehn Jahren hatte die bürgerliche Mehrheit das Sagen in diesem Rat. Es ist nichts passiert. Acht Jahre lang hatte die SVP das Sagen im JSD, und es ist wenig bis nichts gegangen, und nun beschweren Sie sich darüber. Um es mit den Worten von Guido Müller zu sagen: Politische Kohärenz ist nicht nur situativ anzuwenden, sondern doch bitte konsequent. In der Anfrage wird nach den wirtschaftlichen Kosten der Bandenkriminalität gefragt. Wir müssen aber eingestehen, dass wir als Staat Luzern einen schlechten Job gemacht haben, weil Sie ihn nicht machen wollten. Das hat wirtschaftliche Kosten zur Folge. Bitte bringen Sie aber diese wirtschaftlichen Kosten beim vermeintlichen Erfolg der Steuerstrategie in Abzug. Wegen dieser Steuerstrategie haben Sie die Polizei zehn Jahre lang zu knapp gehalten. Sie haben den Bedarf verschleppt, damit sie bei der Steuerstrategie Erfolge ausweisen können. Weisen Sie diese wirtschaftlichen Kosten also dort aus, dann sind wir politisch kohärent. Eine verschleppte Justiz und eine verschleppte Polizeiarbeit ziehen Kosten nach sich, aber diese haben Sie mitverursacht.

Sofia Galbraith: Zum Votum von Mario Bucher: Ich habe einen doppelten Migrationshintergrund. Ich bin wie die 20 Prozent der Ausländer in der Schweiz, die in Spitäler oder in der Industrie arbeiten, nicht grundsätzlich kriminell. Ich selbst habe eine Busse wegen zu schnellen Fahrens erhalten und zudem einmal eine rote Ampel überfahren. Das ist also mein krimineller Hintergrund.

Für den Regierungsrat spricht Justiz- und Sicherheitsdirektorin Ylfete Fanaj.

Ylfete Fanaj: Das Legislaturprogramm hat unter anderem zum Ziel, der organisierten Kriminalität den Kampf anzusagen und verstärkt einen Fokus darauf zu legen. Die Ursachen wurden verschiedentlich erwähnt. Die eine Seite glaubt, die Zuwanderung sei daran schuld, die andere Seite findet, dass es eine Frage der Ressourcen sei. Für uns ist es wichtig, dass wir die organisierte Kriminalität bekämpfen und mehr Mittel dafür einsetzen. Es ist so: Dort, wo der Strafverfolgungsdruck nicht so hoch ist, kann sich die organisierte Kriminalität breitmachen. Das ist in Luzern geschehen. Eine mögliche Ursache ist sicher, dass wir die Aufstockung der Polizei nicht wie geplant vornehmen konnten. Das hat uns eingeholt, und das wollen wir ändern. Sie haben dem Planungsbericht zugestimmt, wonach die Stelleaufstockung bis 2030 erfolgen soll. Diese Aufstockung erfolgt aber nur im regulären Bereich und reicht nicht aus, um Schwerpunkte zu setzen im Bereich der schweren Kriminalität und der Clanstrukturen. Sie haben letzte Woche den AFP genehmigt. Ich bin dankbar, dass Sie diese rund 15 Stellen im Bereich der organisierten Kriminalität, davon 6,5 Stellen für die sogenannten Spezialgewerbe und 4 Stellen für die organisierte Kriminalität, zusätzlich zur normalen Aufstockung genehmigt haben. Wir wollen Kante zeigen. Es ist aber auch so, dass sich hier kriminelle Strukturen auch mit lokalen Kriminellen aufbauen können, die sich international austauschen. Weil diese Fälle komplex sind, benötigen wir sehr viele Ressourcen. Sie gehen auch über die Kantongrenze hinaus, deshalb müssen wir mit anderen Kantonen zusammenarbeiten, insbesondere mit den Zentralschweizer Kantonen. Diese Zusammenarbeit funktioniert sehr gut. Luzern hat als Zentrumskanton den Lead. Gemeinsam mit den Zentralschweizer Kantonen bearbeiten wir sehr komplexe Fälle. Der Datenschutz kann tatsächlich ein Hinderungsgrund sein. Bei der Konferenz der Kantonalen Justiz- und

Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) ist eine entsprechende Vorlage in Erarbeitung. Aber das ist nicht das einzige Problem. Wenn man die Fälle auf dem Tisch hat, fehlt oft die Zeit, um proaktiv zu ermitteln. Erst bei der Bearbeitung kann der Datenschutz oder die Strafprozessordnung ein Problem sein. Ich bin dankbar für die zusätzlichen Stellen. Es wird aber nicht das letzte Mal sein, dass ich im Bereich der schweren Kriminalitätsbekämpfung weitere Ressourcen benötige. Ich habe Ihre Voten gehört und bin zuversichtlich, dass Sie diese Stellen auch genehmigen werden.